Zum Wintersemester 2004/05 ist die Zahl der Studienanfänger erstmals seit Jahren und entgegen aller Prognosen zurückgegangen. Mit 380.000 hat man gerechnet, tatsächlich haben sich aber nur 360.000 Erstsemester eingeschrieben, die Zahl der Studienanfänger ging um 5,5 Prozent zurück. Im Vergleich der OECD-Länder liegt Deutschland bei der Hochschulabschlussquote unter den erfassten 24 Industrieländern auf einem hinteren 18. Rang, in den Naturwissenschaften gar auf dem 20. Platz. Ein internes Papier der Kultusministerkonferenz (KMK) und die Hochschul-Informationssystem GmbH machten dafür – zumindest auch – die Erhebung von Gebühren für sog. Langzeit-Studierende und die anstehende Einführung einer allgemeinen Studiengebühr verantwortlich. Doch das durften die CDU/CSU-Länder, die diese Preisbarriere einführen wollen, natürlich nicht zugeben.

Natürlich wäre es zu einfach, den Rückgang der Erstsemester allein mit den Studiengebühren und mit der politischen Debatte darüber zu erklären. Aber dass ein erhöhter Preis die Nachfrage zurückgehen lässt, lässt sich auch schlecht wegdiskutieren. Die CDU/CSU regierten Länder haben dieses ökonomische Gesetz, obwohl sie doch sonst betriebswirtschaftliche Kriterien an die Spitze der Begründung für ihre Hochschulreform stellen, locker außer Kraft gesetzt.

Da stand in einem internen Arbeitspapier der Fachleute der KMK der Satz: „die Pläne einiger Länder zur Einführung allgemeiner Studiengebühren wie auch die Erhebung von Gebühren für Langzeit-Studenten“ hätten „einen Abschreckungseffekt ausgelöst“. Auch nach einer Umfrage des „Hochschul-Informations-Systems“ (HIS) sagten 22 Prozent aller Schulabgänger: „Die Einführung von Studiengebühren übersteigt meine finanziellen Möglichkeiten.“ (Süddeutsche Zeitung vom 15.9.05)

Doch die KMK musste – sicher nicht ohne Druck der Mehrheit der CDU/CSU regierten Ländern – rasch zurückrudern. Der Generalsekretär der KMK musste fix eine Umfrage unter den Ländern durchführen und eine Richtigstellung veröffentlichen. Danach wurden natürlich von den einzelnen Ländern verschiedene Gründe genannt, da wurden dann die Studiengebühren als ein Hinweis unter vielen anderen heruntergespielt.

Alles andere hätte einen auch von einer Mehrheit der Länder, die politisch fest entschlossen sind, Studiengebühren zu erheben, auch gewundert, man hätte ja sonst zugeben müssen, dass man dabei ist, seine Sonntagsreden zu konterkarieren, wonach „wir“ mehr Studierende brauchten.

Einen schönen grafischen Überblick über die Bildungssituation im internationalen Vergleich gibt Joachim Jahnke.